



Pressemitteilung

Kommunaler Landesverband kreisangehöriger Städte und Gemeinden

27.11.2019

Pressesprecherin:
Kristina Fabijancic-Müller
Telefon +49 711 22572-34
Mobil +49 160 97272863
kristina.fabijancic-mueller@gemeindetag-bw.de

Pressemitteilung des Gemeindetags zum Vorwurf von Umweltminister Untersteller in der Stuttgarter Zeitung/Stuttgarter Nachrichten vom 27.11.2019

Städte und Gemeinden sind nicht Bremser der Energiewende, Ideen des Umweltministers floppen vor allem bei Bürgerinnen und Bürgern

Mit Erstaunen reagiert Gemeindetagspräsident Roger Kehle auf die Behauptung von Umweltminister Franz Untersteller, die Gemeinden seien Bremser der Energiewende. „Der Minister schiebt sowohl den Kommunen im Land, als auch dem Gemeindetag, den schwarzen Peter dafür zu, dass seine Pläne für die Umsetzung von Klimaschutz und Energiewende vor allem bei den Bürgerinnen und Bürgern floppen.“ Für die Kommunen, so die Botschaft des Gemeindetags, ist Klimaschutz schon lange ein Ziel, zu dem sie sich klar bekennen. Gerade in den Städten und Gemeinden werden seit Jahren klimaschützende Maßnahmen entwickelt. Vor Ort setze man gemeinsam mit der Bürgerschaft, kreativ und vor allem unter Beachtung der örtlichen Gegebenheiten viele klimaschützende Maßnahmen in die Realität um.

Klar sei aber auch, dass nicht alle Menschen begeistert sind, wenn große Vorhaben wie Windräder oder Solaranlagen in ihrer direkten Nachbarschaft gebaut werden sollen. Egal wo ein Windrad oder eine Solaranlage geplant werden: Sofort bilde sich eine Bürgerinitiative gegen das Vorhaben. Die in den Kommunen durchgeführten Beteiligungsverfahren, die die Konflikte vor Ort lösen sollen, dauern sehr lange und sind selten erfolgreich. Dies führe häufig zu einer regelrechten Spaltung der Gemeinde und verzögere die Umsetzung. Der Gemeindetag hat den Umweltminister bereits auf diese Entwicklung hingewiesen. „Wer Klimaschutz und Energiewende will, muss sich mit den Bürgerinnen und Bürgern auseinandersetzen und ihre Ängste und Proteste ernst nehmen. Dass die Verfahren dann lange dauern, liegt aber nicht an

den Kommunen, auch die Landesregierung hat mit ihrer Gesetzgebung dazu beigetragen. Sie sollte deshalb politischen Mut zeigen und diese Fehlentwicklung wieder abstellen, statt allein den Kommunen die Schuld in die Schuhe zu schieben“ erklärt Kehle.

Gemeindetag fordert Solaranlagen auf Wohnungsdächern

Der Vorwurf des Ministers, der Gemeindetag würde alles andere tun als Fotovoltaikflächen zu unterstützen, wundert den Gemeindetagspräsidenten. „Wir befürworten Solar- oder Fotovoltaikflächen sogar sehr. Da uns aber nicht unendlich viel Fläche zur Verfügung steht, haben wir schon wiederholt vorgeschlagen, die Mehrfach-Nutzung von Flächen zu ermöglichen. Wenn wir schon eine Solar- oder Fotovoltaikanlage bauen und dafür Fläche verbrauchen, dann ist es sinnvoll, auch gleich ein Wohnhaus darunter zu stellen. Damit haben wir dringend notwendigen Wohnraum geschaffen, der energieeffizient ist und gleichzeitig das Klima schützt.“

So eine Maßnahme müsste aus Sicht des Gemeindetags auch ökopunktefähig sein. Wenn Flächen für Solaranlagen verbraucht werden, ist im Bebauungsplanverfahren in der Regel ein Ausgleich für den Eingriff in die Natur zu schaffen – wofür dann wieder Fläche „verbraucht“ wird. Schon seit Monaten fordert der Gemeindetag deshalb, dass klimaschützende Maßnahmen wie der Bau von Solaranlagen den Ausgleich „in sich“ tragen. Das heißt, dass Fläche, auf der eine Solaranlage steht, den notwendigen Ausgleich dadurch erbringt, dass sie letztlich dafür verbraucht wird, der Natur in ihrer derzeitigen Form überhaupt zu ermöglichen, auch in vierzig oder fünfzig Jahren noch so zu bestehen können, wie sie heute besteht. Bisher wartet der Gemeindetag noch auf eine Reaktion des Umweltministers auf diese konstruktiven und relativ einfach umsetzbaren Vorschläge.

Für Roger Kehle ist deshalb klar: „Weder die Kommunen noch der Gemeindetag wollen die Energiewende ausbremsen. Wir sehen uns als Mitgestalter und würden uns freuen, wenn der Minister mit uns über eine konstruktive Weiterentwicklung seiner Ideen sprechen würde.“ Alle relevanten Akteure sollten sich außerdem die Worte der Bundeskanzlerin aus der heutigen Generaldebatte im Bundestag zu Herzen zu nehmen. Sie warnt davor, den Menschen im Ländlichen Raum immer nur

die Windräder vor die Nase zu setzen. Wenn diese Menschen immer nur die Lasten der Energiewende tragen müssten, führe das zu einer gefährlichen gesellschaftlichen Spaltung. „Der Gemeindetag ist gerne bereit, dies aufzugreifen und gemeinsam mit unserem Umweltminister zu überlegen, wie wir die gesamte Bevölkerung bei der Energiewende mitnehmen können“, so Kehles Angebot an Untersteller.